

Kreistagsfraktionen Oberbergischer Kreis
Bündnis 90/Die GRÜNEN SPD

Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN - Kölner Straße 296 - 51645 Gummersbach
SPD-Kreistagsfraktion Oberbergischer Kreis - Bahnhofstraße 2 - 51766 Engelskirchen



An den

Landrat des Oberbergischen Kreises
Herrn Hagen Jobi
Kreishaus – Moltkestraße 42
51643 Gummersbach

01.12. 2011

Antrag zur Kreistagsitzung am 15.12.2011

Sehr geehrter Herr Landrat,

zur Kreistagsitzung am 15.12.2011 beantragen die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen und den folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag des Oberbergischen spricht sich gemeinsam mit den evangelischen und katholischen Kirchen und deren Wohlfahrtsverbänden Diakonie und Caritas, sowie ProAsyl und vielen anderen Organisationen und Initiativen für eine gesetzliche Bleiberechtsregelung ohne Stichtag aus. Die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung müssen so gestaltet werden, dass sie der wirtschaftlichen Gesamtsituation Rechnung tragen. Es muss eine gesetzliche Härtefallklausel für alte, kranke, traumatisierte und arbeitsunfähige Menschen geben, die die Anforderungen der Lebensunterhaltssicherung auf absehbare Zeit nicht erfüllen können:

Begründung:

Die im Sommer 2007 vom Bundestag beschlossene Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge sollte die sogenannte „Kettenduldungen“ abschaffen und den Ausländerinnen und Ausländern, die seit vielen Jahren bei uns leben, eine Perspektive für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland geben. Am 31.12.2009 wurde die Bleiberechtsregelung durch einen Beschluss der Innenministerkonferenz um weitere zwei Jahre verlängert. Ca. 20.000 Menschen in NRW haben von dieser Regelung profitiert und eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

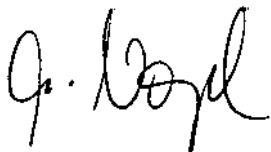
Am 31.12.2011 endet die Geltungsdauer der überwiegend auf Probe erteilten Aufenthaltserlaubnisse. Bis dahin müssen die Bleibeberechtigten nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt überwiegend selbstständig, sichern können. Gelingt dieser Nachweis nicht droht einigen von Ihnen der Rückfall in die Duldung. Darüber hinaus leben schon wieder ca. 15.000 Geduldete länger als 6 Jahre in NRW, sie haben keine Chance über die gesetzliche Bleiberechtsregelung eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, egal wie gut sie integriert sind und wie viel sie verdienen, sie haben den Stichtag verpasst.

Der neu geschaffene §25aAufenthG für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende kann dieses Problem allein nicht lösen. Denn auch von den Eltern der Jugendlichen wird eine vollständige Lebensunterhaltssicherung gefordert, die Eltern der Jugendlichen sind nicht begünstigt.

Auch die politisch verantwortlichen erkennen immer mehr den Bedarf für eine fortlaufende Bleiberechtsregelung an. So vereinbarten die Koalitionsfraktionen in NRW 2010 in Ihren Koalitionsvertrag, sich im Bundesrat und in der Innenministerkonferenz für eine wirksame gesetzliche Bleiberechtsregelung ohne Stichtag einzusetzen. Die CDU/FDP geführte Landesregierungen in Schleswig Holstein spricht sich aktuell ebenfalls für eine Änderung des Aufenthaltsrechtes für in Deutschland integrierte Ausländerinnen und Ausländer aus.

Nicht zuletzt dürfen auch die Ausländerbehörden bis zum ende des Jahres nicht im Ungewissen gelassen werden. Eine Abschiebung der verbleibenden Geduldeten wird weder rechtlich noch aus humanitären Gründen möglich sein. Es muss deshalb nun endlich eine Lösung gefunden werden, die der ursprünglichen Absicht der Bleiberechtsregelung, die von der bisherigen Regelung nicht erfasst wurden, endlich eine sichere Perspektive bietet.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Vogel', written in a cursive style.

Angelika Vogel, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
gez. Ralf Wurth, SPD-Fraktionsvorsitzender